



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
10. Oktober 1950

P/V/236

Hinweise
auf den Inhalt:

Fünf Jahre Sozialdemokratie	S.1
Brasilien verfällt der Diktatur	
- Bericht aus Sao Paulo -	S.3
Der Standpunkt der Gewerkschaft ÖTV	S.4
Zum Ende des Uranabbaues im Ostharz	S.5
COMISCO in Paris	S.6

Fünf Jahre Sozialdemokratie

sp. In diesen Tagen blickt die aus dem Schutt der deutschen Katastrophe wiedererstandene Sozialdemokratie auf ihr fünfjähriges Bestehen nach der Zäsur des Hitler-Regimes zurück. In der kampf- und ruhmreichen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die ihre Existenz mit Fug und Recht bis auf Lassalles kühnen organisatorischen Wurf im Jahre 1863 zurückleiten kann, haben derartige radikale Einschnitte des öfteren eine erhebliche Rolle gespielt. Es genügt hierbei, an das Sozialistengesetz zu erinnern, das ebenfalls vor genau sechzig Jahren, im Herbst 1890, zu bestehen aufhörte.

Es gibt auch heute noch sehr viele Menschen in Deutschland, die es geradezu für eine persönliche Beleidigung halten, wenn man bei ihnen politisches Interesse voraussetzt oder solches sogar fordert. Immerhin hat die Politik in der Bundesrepublik in letzter Zeit ein solches Eigengewicht entwickelt, dass auch die Masse der Bevölkerung um eine - wenn auch meist sporadische und dilettierende - Beschäftigung mit politischen Problemen nicht mehr herumkommt. Das war im Oktober 1945 wesentlich anders, als sich in Wennigsen bei Hannover eine Handvoll ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre um Dr. Kurt Schumacher versammelte, um bei der Wiederauferstehung der Sozialdemokratie mitzuwirken und die hierzu erforderlichen politischen, ideellen und organisatorischen Voraussetzungen zu klären. Die Kleingläubigen mochten damals einen solchen Schritt für völlig aussichtslos halten: der erste Nachkriegswinter stand bevor, die Lebensmittelrationierung wurde zusehends katastrophaler, und für Millionen und aber Millionen existierte schlechterdings keine andere Frage als die

das rein animalischen Überdauerns.

Dennoch machten die in Wannigsen Versammelten, die sich entschlossen, wenn auch zunächst vielleicht mehr unbewusst, dem breiten trüben Strom verdrossener Apathie entgegenstemmten, bereits damals grosse Politik. In Wannigsen erschien nämlich unter anderen auch ein Mann, der zu den unerfreulichsten Erscheinungen der Nachkriegszeit geworden ist: Herr Otto Grotewohl, heute in dem verklavten Teil Deutschlands Ministerpräsident von Moskaus Gnaden. In Berlin und in der russischen Zone war die Sozialdemokratie nämlich schon im Juni 1945 wiederbegründet worden, und die Mitglieder des sogenannten "Zentralausschusses", zu denen Grotewohl als einer der Vorsitzenden gehörte, traten mit dem recht anmassenden Anspruch auf, gleichsam auf Vorschuss die Sozialdemokratie aller vier Besatzungszonen politisch zu repräsentieren. In Wannigsen holte sich Grotewohl bei den westdeutschen SPD-Funktionären die erste eindeutige Abfuhr. Kühler und realistischer als ihre Gesinnungsfreunde jenseits des - damals freilich erst im Entstehen begriffenen - Eisernen Vorhangs hatten die Sozialdemokraten in den Westzonen erkannt, wohin der geltungssüchtige, aber durch und durch unzuverlässige Grotewohl die SPD führen würde. In der Tat war von der "Grotewohl-Partei" ein halbes Jahr später nichts mehr übrig geblieben als eine tapfere illegale Bewegung in der russischen Zone selbst und die ebenso tapfere Berliner Organisation, die ihre Unabhängigkeit gegenüber dem brutalen kommunistischen Hegemonieanspruch zu wahren wusste.

Die Ost-West-Problematik, die schon vor fünf Jahren die SPD-Funktionäre in Wannigsen beschäftigte, ist heute das heisse Eisen der Weltpolitik geworden. Symbolkräftiger konnte die eminente Bedeutung der neuen deutschen Sozialdemokratie kaum zum Ausdruck gebracht werden als durch diese Feststellung. Zu einem Zeitpunkt, als die gesamte westliche Welt in der Illusion eines kontinuierlichen guten Einvernehmens mit Moskau noch geradezu schwelgte, erkannten die deutschen Sozialdemokraten die ungeheure östliche Gefahr und zogen daraus die mutigsten Konsequenzen. Diese Leistung wird, dessen sind wir gewiss, als einer der stärksten Aktivposten der neu erstandenen SPD in die Geschichte eingehen. Die Sozialdemokratie konnte und kann aber diesen Kampf auch am aufrichtigsten führen, weil sie für die ganze und unteilbare menschliche Freiheit auf der Basis sozialer Gerechtigkeit eintritt. Ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus braucht kein schlechtes westliches Gewissen zu verhüllen, wie das bei den sozialreaktionären und besitzbürgerlichen Parteien notwendig der Fall sein muß. Die über 700.000 organisierten SPD-Mitglieder dürfen sich füglich

als eine Elite des politischen und sozialen Fortschritts bezeichnen, die den erfolgreichen Kampf der letzten fünf Jahre fortsetzen wird, bis die SPD den ersten Platz in der Bundesrepublik erobert hat und damit wahre sozialistische Gestaltung in Deutschland beginnen kann.

- - - -

Brasilien verfällt der Diktatur

K.H.G. Sao Paulo (Eigenbericht)

Es steht schlechter denn je um die Demokratie in Südamerika, nachdem nun damit gerechnet werden muss, dass Brasilien, der grösste, volkreichste und bedeutendste südamerikanische Staat, in den nächsten Jahren von Getulio Vargas, einem Diktator reinsten Wassers, regiert werden wird. Zwar ist erst ungefähr der zehnte Teil der Stimmen vom letzten Wahlergebnis ausgezählt, aber der Vorsprung Vargas' dürfte von seinen drei politischen Gegnern kaum eingeholt werden.

Der 67-jährige Großgrundbesitzer und Rechtsanwalt Vargas ist einer der schlauesten Politiker Südamerikas und der Prototyp des "Caudillos" lateinischen Stils, der von 1930 bis 1945 als unumschränkter Machthaber die Geschicke eines 40-Millionenvolkes regiert hat. In dieser Zeit hat er in allen Farben des politischen Regenbogens geschillert. Von seinen linksrevolutionären Anfängen als Rechtsanwalt in den Armenvierteln Rio de Janeiro verwandelte er sich, dem Zuge der Zeit folgend, in einen begeisterten Anhänger Hitlers und Mussolinis, der den faschistischen Ständestaat unter dem Namen "Estado Novo" nach Südamerika verpflanzte. Als die Niederlage der totalitären Mächte ausser Frage stand, suchte und fand Vargas frühzeitig Anschluss an die westlichen Demokratien. Doch wurde sein Versuch, den Estado Novo selbst abzubauen, im Jahre 1945 durch einen Staatsstreich der Generale unterbrochen.

General Gaspar Dutra übernahm die Regierung - ein Mann, der ohne sonderliche Ambitionen und Talente das Land auf den demokratischen Weg zurückführte, Doch einem grossen Teil der unaufgeklärten brasilianischen Massen erschien eine formale Demokratie als eine belanglose Angelegenheit. Das Land gehört, nach der soeben veröffentlichten sehr gründlichen Arbeit eines international bekannten Arztes, zu den permanenten Hungergebieten der Erde, obwohl vielleicht nirgendwo sonst die Natur in so verschwenderischer Masse ihre Gaben verstreut. Viel, viel Arbeit und riesige Kapitalien sind erforderlich, um die Naturschätze dem Menschen dienstbar zu machen. An beiden fehlt es. Die Hoffnungen, dass die mächtigen USA, an

deren Seite Brasilien in den zweiten Weltkrieg gegangen war, den amerikanischen Bruder durch eine Art interamerikanischen Marshallplan unterstützen würde, schwanden bald.

Die während des Krieges durch Warenlieferungen an die Alliierten angesammelten Devisenguthaben wurden durch eine unfähige Finanzverwaltung in wenigen Jahren vergeudet: anstatt lebensnotwendige Industriemaschinen einzuführen, kaufte das Land Luxusartikel in Hülle und Fülle, das Ende des Kriegsgeschäftes brachte bald eine Teuerung, die den Lebensstandard der breiten Massen weiter herabdrückte. Der Land- und Stadtarbeiter bemächtigte sich eine soziale Unruhe, die ihnen die Zeiten Vargas' als paradiesisches Eden erscheinen liess. Hatte der Diktator nicht z.B. die Arbeitsgerichte geschaffen, vor denen auch der Arbeiter einmal gegenüber den Feudalherren Recht bekam, die sich immer noch als die Sklavenhalter fühlten, die sie einmal gewesen waren? Auch hier haben die Sünden einer unsozialen Formaldemokratie ihre bittere Frucht getragen. Vargas und seine Leute triumphierten: "Getulio è dos pobres" - Getulio (Vargas) ist der Mann der Armen - stand alsbald in dicken Schlemmkreidebuchstaben an ungezählten Häuserwänden und allzuviele vertrauen ihm erneut.

International gesehen bedeutet Vargas' Sieg eine neue Komplizierung der verwirrten südamerikanischen Lage. Vargas ist ein politischer Freund des argentinischen Diktators Peron. Es bestehen nun grössere Chancen für die Schaffung eines südamerikanischen Mächteblocks, der sich von der nordamerikanischen Beeinflussung emanzipiert und eigene Wege in der Weltpolitik geht.

- - - -

Der Standpunkt der Gewerkschaft ÖTV

Der Leitartikel der "Welt" vom 9.10.1950 setzt sich unter dem Titel "Streikgefahren" mit dem Streik bei den Wasserstrassen, einem evtl. Streik im gesamten öffentlichen Dienst und der Gewerkschaftspolitik der ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) insbesondere auseinander. Dabei kommt die Zeitung zu dem Ergebnis, dass die sonst gemässigte Gewerkschaftspolitik von der ÖTV nicht eingehalten werde; sie verdächtigt die ÖTV des Radikalismus und glaubt, dass sich die ÖTV selbst ins Unrecht setze.

In diesem Zusammenhang stellt das Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Erich Raabe, fest:

"Die ÖTV ist sich ihrer Verantwortung voll bewusst. Sie hat den

Streik erst ausgerufen, als alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren. Das Angebot des Bundesarbeitsministers S t o r c h, ein Schiedsverfahren einzuleiten, konnte nach den bitteren Erfahrungen der letzten Zeit nur als Hinhaltemanöver betrachtet werden. Die Bundesregierung hat sechs Monate Zeit gehabt, um die finanziellen Auswirkungen von Gehalts- und Lohn-erhöhungen ihrer Beschäftigten zu prüfen. Sie war niemals befeit, von sich aus die Notlage der öffentlich Bediensteten anzuerkennen. Die Bundesregierung hat sich nicht gescheut, während des Streiks Polizeieinheiten einzusetzen und versucht, durch Einsatz von Beamten den Streikenden eine Niederlage zu bereiten, um ihre gegenwärtige Politik gegen die Interessen der öffentlich Bediensteten fortsetzen zu können. Die ÖTV will keinen "Staat im Staate" bilden. Es ist aber ihre Aufgabe, die berechtigten Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu vertreten. Der Bundesregierung steht es jederzeit frei, mit der ÖTV in Verhandlungen einzutreten, um den Streik, der auch von der ÖTV nicht gewünscht wurde, zu beenden".

- - - -

Uran - Dämmerung

sp. Als in der zweiten Septemberhälfte zunächst andeutend, später bestimmt Nachrichten auftauchten, die von einem Ende des Uranabbaus im Ostharz wissen wollten, eilten diese Meldungen den Tatsachen keineswegs voraus, sondern hinkten ihnen sogar nach. Still wie die Nacht und wie sie gekommen, hatte die Wismuth-AG die vor knapper Jahresfrist in Wernigerode und Umgebung aufgeschlagenen Zelte wieder abgebrochen. Der Uranbergbau im Ostharz gehört der Geschichte an. Das von Fachleuten und Kennern der Boden- und Gesteinsverhältnisse vorausgesagte Fiasko ist eingetreten, und nur ein regellos anmutendes System von Gräben bis zu drei m Tiefe, Bohrlöchern und behelfsmässig aufgestellten Baracken zeugt noch von den Versuchen an einem von vornherein als untauglich erkannten Objekt, dem lediglich die überragende wissenschaftliche Intuition einiger sowjetischer Ingenieure und Geologen einen Urangehalt angedichtet hatte.

Inzwischen hat sich diese Tragödie zum Satyrspiel ausgeweitet. Die Wismuth-AG hat in Aue, wo sie wie in allen Uranabbaugebieten Monopolstellung bekleidet, ihre Zahlungsunfähigkeit erklären müssen. Die in grossen Sammeltransporten zwangweise aus dem Ostharzer Uranbergbau nach dem Erzgebirge geschafften Arbeitskräfte, die im Wernigeroder Gebiet als "überzählig" deklariert worden waren, ohne entlassen zu werden, sind zu einem kleinen Teil aus der Hölle von Aue geflüchtet. Soweit ihnen die Flucht auf britisches

Gebiet geglückt ist, berichten sie nahezu übereinstimmend, obwohl sie aus den verschiedensten erzgebirgischen Orten kommen, dass zunächst ihr Transport von Wernigerode nach Aus, vor allem dann aber ihre Unterbringung in nicht mehr als behelfsmässig zu bezeichnenden Unterkünften menschenunwürdig gewesen sei. Die Bemühung jedoch, diese Situation zu bescheidenem Teil durch private Initiative zu überwinden, sei daran gescheitert, dass nach Ablauf der ersten Arbeitswoche die Wismuth-AG ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt habe.

Die Einstellung der Lohnzahlungen an die neuen Arbeitskräfte wird von diesen dahin gedeutet, dass der Wismuth-AG von der Sowjetischen Militär-Administration wegen des zu kostspieligen Verwaltungsapparates und der mangelhaften Uran-Ausbeute die Subventionen gesperrt worden seien. Durch die Vorenthaltung der Löhne aber wolle man die auf Bargeld angewiesenen Arbeiter unter Druck setzen, damit sie sich nach entsprechender Aufforderung für einen "freiwilligen Arbeitseinsatz in den Uranbergbaugebieten der Sowjetunion" verpflichten.

Die aus dem Erzgebirge geflohenen Arbeiter geben bei ihren Vernehmungen in den Auffanglagern und bei den Kreisfürsorgeämtern der Zonengrenzkreise durchweg die Angst vor einer etwaigen Zwangsverschickung nach der Sowjetunion als Grund zur Flucht an.

- - - -

COMISCO in Paris

Am 21. und 22. Oktober findet in Paris eine Sitzung von COMISCO (Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Parteien) statt, an der für die Deutsche Sozialdemokratie der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Wollenhauer, als Hauptdelegierter und Fr. Heine als stellvertretender Delegierter teilnehmen.

Auf der Tagesordnung stehen u.a. Berichte über die vorangegangene Kopenhagener Konferenz Ende Mai 1950, über die Tätigkeit des Sekretariats der sozialistischen Parteien beim Europarat, über die Arbeit des Europarats selbst sowie ein Überblick über die Entwicklung des Schumanplans und die sozialistische Einstellung zu ihm. Weiter werden das Korea-Problem, die Situation in Jugoslawien und die Verfolgung von Sozialdemokraten in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen erörtert werden.

Zu den erwähnten Sozialistenverfolgungen hat die Sozialistische Union von Mittel- und Osteuropa eine Protestresolution vorgelegt. Von der Sozialistischen Partei Jugoslawiens liegt eine ausführliche Entschliessung zur Frage des Titoismus vor.

- - - -